

Wehren wir uns für die Benachteiligten und Schwachen:

Altersgelassenheit - Alterszorn.

Die Gelassenheit im Alter – es gibt sie. Sie spielt in unserem Beziehungsnetz eine Rolle. Man ist eher bereit, die Macken der anderen hinzunehmen. Die Erkenntnis ist da, dass unsere langjährigen Bemühungen um Verhaltensänderungen von anderen Menschen zu keinem Erfolg geführt haben. Damit verbunden ist die Hoffnung, dass sich auch die anderen mit unseren Eigenheiten abgefunden haben.

Es gibt aber auch den Alterszorn, der so hoffe ich, bei vielen Alten noch nicht der Resignation gewichen ist. Mit zunehmendem Zorn verfolge ich das politische Geschehen. Als Beispiele nehme ich politische Geschäfte des Monats Juni auf der Ebene Bund, Kanton und Gemeinde. Es sind dies die Debatten im Nationalrat über das Potentatengesetz, die polemischen Diskussionen um die Erbschaftsteuer und der Härtefall-Kommission vor der Abstimmung vom 14. Juni sowie um eine Aussage an der Gemeindeversammlung vom 11. Juni in Brütten.

Der Nationalrat hat am 10. Juni beschlossen, entgegen dem Vorschlag des Bundesrates, beim Potentatengesetz eine

Frist von 10 Jahren anzusetzen. So können Diktatoren damit rechnen, dass sie ihre durch Korruption, Bestechung oder Diebstahl erworbenen Vermögen wieder zurückerhalten, denn die Frist von 10 Jahren ist für die langwierigen juristischen Auseinandersetzungen zu kurz. Nach dem Sturz des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos brauchte die Schweiz 16 Jahre, bis sie die 684 Millionen Dollar an die Bevölkerung zurückgegeben hatte. Besonders wütend macht mich die Feststellung, dass die sich auf ethische Werte berufende CVP der Verjährung zugestimmt hat.

Der Geschäftsführer des Hauseigentümerverbandes Region Winterthur kämpfte mit einer Halbwahrheit gegen die Erbschaftssteuer. Mit der neuen Erbschaftssteuer werde das Sparen bestraft, liess er verlauten, «wer spart, soll 20 Prozent Strafe zahlen.» Von einer 2 Millionen-Freigrenze war keine Rede, die neue Steuer zu Gunsten der Allgemeinheit, der AHV, soll eine Strafe sein? Steuern als Strafe, die es geflissentlich zu vermeiden gilt?

Eine andere Vorlage, die Abschaffung der Härtefall-Kommission, fand keine Mehr-

heit. Doch da wird eine krude Asylpolitik betrieben, welche auf die tatsächlichen Probleme in der Flüchtlingspolitik nicht den geringsten Einfluss haben. Der Kampf gegen sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge ersetzt den Kampf gegen Steuerflüchtlinge.

Brütten hat einen Steuerfuss von 86 Prozent, einer der niedrigsten im Kanton Zürich, Winterthur kann davon nur träumen. Die Rechnung 2014 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 824 200 Franken ab. Trotzdem wurde unter anderem bei den Reinigungskosten gespart. Ich bin empört, dass bei denjenigen Leuten, die keine Lobby haben und mit einem kleinen Einkommen über die Runden kommen müssen, zuerst gespart wird. Auch in Winterthur ist die Auslagerung von Reinigungspersonal immer wieder ein Thema. Auswärtige Putzinstitute zahlen geringere Löhne als die Stadt Winterthur, es gibt Sparpotential, das nach Meinung bestimmter, hartherziger und egozentrierter Kreise zu nutzen ist. Bleiben wir wach und wehren wir uns, vor allem für die Benachteiligten und Schwachen!

Haymo Empl,
27.6.2015, 114. Jahrgang, Nr. 178.